

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

1014 Wien, Herrengasse 11-13

Parteiverkehr Dienstag 8 bis 12 Uhr
und 16 bis 19 Uhr

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Beilagen

LAD-VD-5749/142

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	80 - GE 9.88
Datum:	19. DEZ. 1988
Verteilt	

Bezug

Bearbeiter

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

Datum

08 3514/6-I/8/88

Dr. Stöberl

2108

13. Dez. 1988

Betrifft

Änderung des Sonderabfallgesetzes; Begutachtungsverfahren

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, zum übermittelten Gesetzesentwurf, mit dem das Sonderabfallgesetz geändert wird, wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 3 Abs. 2:

Die pauschale Ausnahme des Frächters aus dem Sonderabfallbesitzbegriff scheint insofern problematisch zu sein, als damit fraglich wird, welche Rechtsstellung dem Frächter nach dem Sonderabfallgesetz zukommt. Muß beispielsweise die Beförderung unterbrochen und der Sonderabfall vom Frächter zwischengelagert werden, so kann es zumindest zweifelhaft sein, ob der Frächter hier den Pflichten des § 5 des Sonderabfallgesetzes unterliegt. Fraglich könnten in der Folge auch die Möglichkeiten der Behörde aufgrund der §§ 6 und 7 des Sonderabfallgesetzes sein.

Zielführender wäre daher eine entsprechende Ergänzung des § 11 des Sonderabfallgesetzes, etwa wie folgt:

"Einer Erlaubnis nach dieser Bestimmung bedarf nicht, wer Sonderabfall nur im Namen und für Rechnung von Sonderabfallbesitzern befördert und hiezu nach den einschlägigen (güterbeförderungsrechtlichen, eisenbahnrechtlichen, schiffahrtsrechtlichen) Bestimmungen befugt ist."

- 2 -

Zu § 9a:

Zu begrüßen ist zwar, daß Sonderabfallbesitzer den ausgeführten Sonderabfall zurücknehmen müssen, wenn eine Beseitigung im Einfuhrstaat nicht möglich ist. Die Formulierung der Rücknahmevoraussetzungen ist aber im Hinblick auf Art. 18 Abs. 1 B-VG problematisch erfolgt. Völlig offen bleibt nämlich, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit der Tatbestand der "Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Entsorgung der Sonderabfälle im Einfuhrstaat innerhalb angemessener Frist" als verwirklicht angesehen werden kann. Eine Verifizierung dieser Tatbestandsmerkmale durch eine österreichische Behörde ist jedenfalls schwer vorstellbar.

Zweckmäßig wäre es allerdings, von den Exporteuren den Nachweis der finanziellen Möglichkeit der Rücknahme der Sonderabfälle zu verlangen. Dies könnte allenfalls durch eine Bankgarantie erfolgen. (Die praktische Erfahrung der letzten Jahre hat nämlich gezeigt, daß die mit Sonderabfall befaßten Unternehmen bisweilen nicht in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.)

Problematisch im Hinblick auf Art. 18 Abs. 1 B-VG ist schließlich die Normierung "entsorgungspolitischer Gründe" als Grund für die Versagung einer Bewilligung, ohne jedoch den Inhalt dieses Versagungstatbestandes klarzulegen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-5749/142

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Abmüller', written over a horizontal line.